



Gute Arbeit – Gute Besserung

Von Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei



Die Befunde sind erschreckend. Gut drei Viertel der Befragten der „Klartext-Studie 2010“ der Technischen Universität (TU) Chemnitz bewerten den dienstlichen Belastungsgrad als zu hoch bzw. sehr hoch. Eine besonders starke Belastung ergibt sich aus Wochenenddiensten, der Mehrarbeit, dem Schichtdienst. So bewerten mehr als vier Fünftel der Betroffenen die physische und psychische Belastung durch den Schichtdienst als groß bzw. sehr groß. Wer dicht an den Menschen in der Bundespolizei ist, wird von diesen Ergebnissen nicht überrascht sein. Die Arbeitsleistung der Organisation und ihrer Menschen werden gelobt; – gerade in diesem Jahr des 60-jährigen Jubiläums.

Doch dieses Lob wird nicht gelebt. Im Gegenteil: Durch das tagtägliche Erleben von Vorgaben, Missständen und Gerechtigkeitsdefiziten wird dieses Lob als „vergiftet“ wahrgenommen. Burnout-Quote und Krankheitszahlen verlangen nach einem strategischen Ansatz. Denn die gute Arbeit unserer Beschäftigten muss auch dadurch anerkannt werden, dass Belastungen gesenkt werden. Ausgleichende sind zu schaffen und die Bundespolizei braucht vor allem auch ein präventiv wirkendes Gesundheitsprogramm.

Die Altersstruktur in der Bundespolizei wird sich in den nächsten Jahren verändern. Der Bundespolizei droht eine Überalterung. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit. Es fehlt jedoch jeder konzeptionelle Ansatz, der dieser Überalterung entgegen wirkt. Von unseren Beschäftigten wird zu Recht die volle Hingabe zum Beruf erwartet. – Doch welche Fürsorge dürfen sie erwarten? Wird der Wunsch nach einer „guten Besserung“ gar zu einer „Kulturfrage“?

Hier muss bereits der Genesungsprozess einsetzen: Gute Besserung beginnt im Erkennen der Herausforderungen. Die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und zu fördern, stellt dabei nur ein Aspekt dar. – Ein Gesundheitsmanage-

ment, das diesen Namen verdient, ist mehr als nur eine Analyse von Fehlzeiten. Eine weit verbreitete Annahme ist die, dass seelische Gesundheit ein Tabu darstelle. Wer den Umgang mit der „Beerlage-Studie“ in den letzten Jahren – wie wir – verfolgt hat, erkennt im Ergebnis auch diese Tabuisierung. Dieser Gedankenkette folgt dann auch, dass Gesundheit Privatsache sei ...

Verantwortlichkeit lässt sich – unabhängig von der, der Führungskräfte – u. a. zunächst beim Parlament festmachen. Der richtige Adressat wäre dann auch die Mehrheit, die über die Verlängerung von Lebensarbeitszeit entschieden hat, ohne die Folgen abzuschätzen. Oder bei der Bundesregierung, die unsere Wochenarbeitszeit erhöhte. – Zu dieser „Kulturfrage“ gehört auch der verengte Blick auf die Krankheitszeiten.

Erfasst werden alle Fehlzeiten von Beamtinnen und Beamten sowie von Tarifbeschäftigten – inklusive Anwärterinnen und Anwärter sowie Auszubildende – aufgrund Krankheit, Unfall oder Rehabilitationsmaßnahmen im Gesundheitsförderungsbericht der Bundesregierung. Nicht enthalten sind dort Krankheitstage, die auf Wochenenden oder Feiertage fallen. In einem 24-Stunden-Betrieb, an sieben Tagen in der Woche, wird somit das Ergebnisbild – im wahr-

ten Sinne des Wortes – verzerrt. Die Fehlzeiten dürften real höher sein. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt jedoch nicht beim individuellen Fehlverhalten, wie die Statistik der Fehlzeiten seit Jahren unterstellt. Stellenkürzungen und Personalabbau dürften hierfür ebenfalls ursächlich sein. – Nach der „Ökonomisierung“ von Polizeiaufgaben erfolgt somit die Privatisierung der gesundheitlichen Folgen ...

Ziel muss sein, einen Teil der anfallenden Krankheitskosten nicht nur als Einsparpotenzial, sondern insbesondere auch als Investitionsmasse in gesündere und engagiertere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen. Hier greift dann eine Wirkungskette, denn bei weniger Krankheit wird auch die Arbeitsdichte der Gesunden geringer und damit wiederum deren Krankheitsrisiko gesenkt. Gleichzeitig tragen geringere Ausfallzeiten auch dazu bei, immer „am Ball“ zu bleiben und „Wiedereinarbeitungszeiten“ zu reduzieren. Alles wirkt sich positiv auf die empfundene Arbeitsbelastung – und damit auf die Arbeitseffizienz – aus. Und damit wird der Wunsch nach einer „guten Besserung“ zur Führungsaufgabe.

Die Arbeitsfähigkeit und die Fähigkeit, die Arbeit bewältigen zu können, sind für eine Eingriffsverwaltung von zentraler Bedeutung. Voraussetzung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Polizei ist es, die Kompetenz des Einzelnen zu erhalten und zu fördern. Die Arbeitswelt in der Polizei ist immer mehr durch Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung geprägt. Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit – zu der auch die Seele gehört – ist Führungsaufgabe. Diesen Schutz zu organisieren erfordert Empathie und nachhaltige Substanz in den Gegenmaßnahmen. Ja, wir brauchen in der Bundespolizei Leidenschaft und Engagement für die Gesundheit der Mitarbeiter. Mit ihnen steht und fällt der Erfolg der gesamten Organisation. Wir wollen gesunde, zufriedene Mitarbeiter. Sie sind die Voraussetzung für den Erfolg der Bundespolizei.



Nur mit dem Personalrat

Von Klaus Venn, stellvertretender Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Koblenz und Vorsitzender des Gesamtpersonalrates bei der Bundespolizeidirektion Koblenz

Was lange währt, wird endlich gut ... – Nach mehr als einem Jahr ist das Streitverfahren beendet und der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz rechtskräftig.

Es begann alles mit der Neuorganisation der Bundespolizei und den daraus folgenden Umstrukturierungen. Das Bundespolizeipräsidium in Potsdam entwickelte ein Strategiekonzept, um u. a. durch Zielvorgaben die Qualität und die Ergebnisse der Arbeit in der Bundespolizei zu verbessern. Zielvereinbarungen zwischen den Bundes-

polizeidirektionen und ihren Inspektionen waren eine der Folgen, welche bis auf die „letzte“ Mitarbeiterin und den „letzten“ Mitarbeiter Auswirkungen hatten. So sollten unsere Kolleginnen und Kollegen des operativen Dienstes für das Jahr 2010 die Präsenz auf Bahnhöfen und Flughäfen steigern, die Kontrollen vermehren, mehr Fahndungsabfragen tätigen, die Aufgriffszahlen erhöhen und, und, und ... – Das Ganze natürlich mit der unveränderten Anzahl von Mitarbeitern.

Der Gesamtpersonalrat (GPR) bei der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Koblenz sah in diesen Zielvereinbarungen eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung der Beschäftigten und forderte bei der BPOLD Koblenz die Mitbestimmung gemäß § 76 Abs. 2 Nr. 5 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) ein.

Da die BPOLD Koblenz bei den Gesprächen mit dem GPR eine andere Rechtsauffassung vertrat und daher auch keinen Mitbestimmungsanspruch des Personalrates sah, blieb dem GPR letztlich nur der Rechtsweg, um seine Forderungen durchzusetzen.

Mit Hilfe der Teamleiterin bei der DGB-Rechtsschutzstelle Saarbrücken, Susanne Theobald, zog man vor das Verwaltungsgericht (VG) Mainz, um in einem Eilverfahren die Beschäftigten in der BPOLD Koblenz vor der beabsichtigten erhöhten Inanspruchnahme zu schützen.

Das VG Mainz gab dem GPR bezüglich der Mitbestimmung gemäß § 76 Abs. 2 Nr. 5 BPersVG Recht. Die Richter führten aus, dass der Mitbestimmungsanspruch auch für die zwischen der BPOLD Koblenz und den Inspektionsleitern geschlossenen Zielvereinbarungen gelte und untersagten deren weitere Umsetzung im gesamten Direktionsbereich. Obwohl bereits dieser Beschluss eindeutig und richtungweisend war, legte die BPOLD Koblenz – in Absprache mit dem Bundespolizeipräsidium (BPOLP) in Potsdam – Beschwerde gegen diese Entscheidung ein.

Aber auch die Richter des OVG Rheinland-Pfalz sahen die Forderung des GPR

als rechtmäßig an und begründeten den Mitbestimmungsanspruch gem. § 76 Abs. 2 Nr. 5 BPersVG u. a. folgendermaßen:

„... nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes fallen unter diesen Mitbestimmungstatbestand Maßnahmen, die darauf abzielen, die Effektivität der Arbeit in der vorgegebenen Zeit qualitativ und/oder quantitativ zu fördern, d. h. die Güte oder Menge der zu leistenden Arbeit zu steigern. Entscheidend ist, ob die beabsichtigte Maßnahme darauf angelegt ist, auf einem oder mehreren Arbeitsplätzen einen höheren mengenmäßigen Arbeitsertrag zu erzielen und die Qualität des Arbeitsproduktes zu verbessern. Dabei ist als Hebung der Arbeitsleistung nicht die Steigerung der Menge oder der Qualität des Arbeitsertrages anzusehen, sondern vielmehr die erhöhte Inanspruchnahme des oder der betroffenen Beschäftigten ... Der Zweck des Tatbestandes besteht darin, den oder die betroffenen Beschäftigten vor einer unnötigen oder unzumutbaren Belastung zu bewahren ...“ – (OVG Rheinland-Pfalz am 18. 1. 2011, Az. 4 B 11229/10)

Nachdem der Beschluss des OVG Rheinland-Pfalz so klar und eindeutig zu Gunsten des GPR ausfiel, konnte letztendlich auch die BPOLD Koblenz nicht umhin, die Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz – ohne Wenn und Aber – anzuerkennen.

Durch diese Anerkennung des Beschlusses im Eilverfahren wurde das Hauptsacheverfahren sowohl durch den Beklagten als auch den Kläger als erledigt erklärt.

Durch den Beschluss wurden die Rechte der Personalräte – und damit der Beschäftigten in der Bundespolizei – grundlegend gestärkt. Aber der Beschluss ist nicht nur ein Signal für die Bundespolizei, sondern auch für die Polizeien der Länder und alle anderen Behörden in der Bundesrepublik.

„Die Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz setzt ein wichtiges Signal für die anderen Standorte der Bundespolizei, die auf die gleiche Weise umstrukturiert werden. Sie hat weitreichende Fol-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2836



ZIELVEREINBARUNGEN

gen für das gesamte deutsche Beamtenwesen. In Behörden halten immer mehr Lenkungsmittel aus der Privatwirtschaft Einzug, um die Leistungsfähigkeit zu steigern. Auch Zielvereinbarungen gehören dazu. Der Beschluss zeigte, dass Verwaltungen solche Instrumente nicht einfach anwenden können, ohne die Personalvertretung einzubeziehen. Sie müssen darauf achten, ob ihre Umstrukturierungsmaßnahmen rechtens sind“, so Susanne Theobald, Juristin der DGB-Rechtsschutz GmbH.

Mein besonderer Dank gilt dem Team der DGB-Rechtsschutz GmbH in Saarbrücken für dessen hervorragende juristische Arbeit und fachliche Unterstützung, die es dem GPR bei der BPOLD Koblenz

für die gesamte Dauer des Verfahrens gewährte.

Resümee & Schlusswort

In der BPOLD Koblenz wurden die Zielvereinbarungen 2010 rechtzeitig außer Kraft gesetzt. Für das laufende Jahr 2011 wurden keine Zielvereinbarungen geschlossen. Sollte man zukünftig in der Bundespolizei oder einer anderen Behörde wieder auf Zielvereinbarungen zurückgreifen, darf man auch an die Mitbestimmung der Personalräte denken.

Momentan wird die Bundespolizei von anderen Zahlen und einem anderen Thema beherrscht; – nämlich dem Sparzwang. Millionen um Millionen sollen und müssen

eingespart werden. Liegenschaften werden abgemietet, Fahrzeuge bleiben stehen, um Kilometer und Benzin zu sparen, andere wichtige Entscheidungen werden auf Eis gelegt, weil man das Geld nicht hat.

Letztendlich wird auch am Personal gespart werden (– und die Einstellungszahlen 2011 beweisen dies –), weil es dort besonders „nachhaltig“ ist. Aber, wer meint, dass die Bundespolizei die gleichen oder noch zusätzliche Aufgaben mit weniger Personal leisten soll, dem wird empfohlen, das Urteil Wort für Wort durchzulesen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ein altes deutsches Sprichwort lautet: „Aus Schaden wird man klug!“

Bleibt zu hoffen, dass man dieses Sprichwort auch in Berlin und Potsdam kennt und danach handelt ...

GdP VOR ORT

Am 20. Mai 2011 informierte sich der Vorsitzende des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Josef Scheuring, über die Arbeitsbedingungen in der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Hannover und insbesondere zu Belastungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Flughafen Hannover.

Im Rahmen eines, mit dem Vorstand der GdP-Kreisgruppe Hannover – und namentlich unserem GdP-Kollegen Marcus Nelle – sowie dem Inspektionsleiter des Flughafens Hannover gemeinsam ge-

führten inhaltsreichen und konstruktiven Gespräches beim Präsidenten der BPOLD Hannover, konnten wichtige Eindrücke aus erster Hand über die vielfältigen Belastungen bei den Mitarbeitern gewonnen und mit den verantwortlichen Vertretern der Bundespolizeidirektion bzw. der Inspektion erörtert werden.

Die GdP-Kreisgruppe Hannover wird sich auch weiterhin für gute Arbeitsbedingungen im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Unser Bild zeigt von links nach rechts: Michael Ramsay, Josef Scheuring, Marcus Nelle sowie Martin Schilff.

Michael Ramsay



Foto: GdP

RECHTSPRECHUNG

Die Beteiligung des Dienstherrn an den Kosten für eine im Dienst beschädigte Brille des Beamten war Gegenstand eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht (VG) Neustadt an der Weinstraße (Az.: 1 K 941/10.NW).

Das Gericht hat auf Grundlage der seit 1965 für das Bundesministerium des Innern (BMI) immer noch gültigen „Richtlinien für Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden, die im Dienst entstanden sind“ entschieden, dass der Be-

amte in jedem Fall den so genannten Kleinschadensbetrag in Höhe von rund 5,- bis 25,- Euro (– die genaue Höhe richtet sich nach dem jeweiligen Einkommen –) zu tragen hat (Nr. 9 der Richtlinie [RL]). Von dem, was darüber hinaus von dem Beamten für die Wiederbeschaffung des privaten Gegenstands geleistet werden muss, hat der Dienstherr maximal zwei Drittel zu tragen (Nr. 10 der RL, wobei für die Beschädigung eines privaten PKW im Dienst eine Sonderregelung existiert, die eine Zuwendung auf rund 250,- Euro begrenzt). Dies gilt grundsätzlich

sogar dann, wenn dem Beamten leichte Fahrlässigkeit vorzuwerfen ist.

Mit diesen Regelungen kommt der Dienstherr – laut VG – seiner Fürsorgepflicht in ausreichendem Maße nach. Insbesondere habe der Dienstherr im Bereich von Sachschäden an privaten Gegenständen des Beamten außerhalb des Dienstunfallrechts ein weites Ermessen, was das „Ob“ und das „Wie“ von Ersatzleistungen angeht. Dieses Ermessen wurde durch den Erlass und die Anwendung der Billigkeitsrichtlinien, an die der Dienstherr nun gebunden ist, ordnungsgemäß ausgeübt. **JG**



Stück für Stück dem Ziel näher

Kostenlose Kinderbetreuung bei Fortbildungen



Berufstätigkeit und der Anspruch, Familienpflichten „unter einen Hut“ zu bringen, stellt für moderne Familien eine zentrale Herausforderung dar.

Hierbei würden Betreuungsangebote für Kinder helfen. Dienststellen, die über die Einrichtung einer unterstützenden Kinderbetreuung nachdenken, betreten Neuland.

Auch die Bundespolizei steht vor einer veränderten Situation. Geburtenschwache Jahrgänge haben gravierende Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot. Der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte wird sich daher in absehbarer Zeit weiter verschärfen. Zugleich sind junge Elternpaare bei der Kinderbetreuung immer häufiger auf sich allein gestellt, da die Großeltern für diese Aufgabe seltener zur Verfügung stehen.

Die Bundespolizei darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Das bedeutet im Konkreten: Es muss in Zukunft noch besser gelingen, sich im Wettbewerb um Personal als attraktiver Arbeitgeber zu platzieren.

Immer mehr Beschäftigte suchen nach einem Arbeitsplatz, der ihre familiären Belange nicht außer Acht lässt. Der Wunsch nach Vereinbarkeit persönlicher und beruflicher Lebensplanung nimmt bei unseren Kollegen und Kolleginnen einen immer größeren Stellenwert ein.

Die Bundespolizei muss sich für eine familienbewusste Personalpolitik einsetzen und diese dann auch umsetzen. So werden nicht nur die Weichen für den Erfolg in der Bundespolizei gestellt, sondern sie leistet damit auch einen Beitrag dazu, dass Frauen und Männer, Mütter und Väter eine Balance zwischen Berufs- und Familienwelt finden. Investitionen in Aus-, Fort- und Weiterbildung sind dann rentabel, wenn Kollegen und Kolleginnen möglichst schnell – auch während der Elternzeit – an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Kollegen und Kolleginnen, die von der Organisation der Kinderbetreuung und -versorgung entlastet sind, haben den Kopf für ihre Arbeit frei. Sie machen weniger Fehler und schöpfen ihr Leistungspotenzial voll aus. Sie sind motivierter und flexibler. – Ein daraus resultierendes Betriebsklima trägt insgesamt zum Abbau von Stress und zur Leistungssteigerung bei.

Mir scheint, dass die Bundespolizei Maßnahmen der Kinderbetreuung oft gar nicht in Erwägung zieht, weil die Verantwortlichen glauben, dass diese zu kostenintensiv seien.

Tatsächlich ist es aber oft schon mit relativ geringem Aufwand möglich, Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder Hilfe anzubieten. So könnten z. B. Plätze in bestehenden Kindertageseinrichtungen „eingekauft“ werden. So wie Beleg-

rechte in Kindertageseinrichtungen eines Trägers gesichert werden, könnten auch für die Kinder von Kolleginnen und Kollegen Betreuungsplätze bei anderen Anbietern belegt werden. Hierzu bietet es sich an, dass man mit verschiedenen Trägern solcher Einrichtungen durchaus unterschiedliche Verträge abschließt. Zur Umsetzung der Forderung einer kostenlosen Kinderbetreuung bei Fortbildung zum 100-jährigen Frauentag 2011 müssen neue Wege beschritten werden.

Es gibt viel zu tun; – packen wir’s an!

*Waltraud Mandt,
Mitglied im Vorstand der GdP-Frauengruppe, Bezirk Bundespolizei*



Anpacken ist angezeigt. Die Vorschläge der GdP-Frauengruppe liegen auf dem Tisch. Jetzt sind Umsetzungsphantasien gefragt.

Abbildung: Marco Kupke

NACHRUF

Am 21. Mai 2011 verstarb im Alter von nur 58 Jahren unser geschätzter Kollege

Wilhelm Roos

Wilhelm Roos war Angehöriger der Bundespolizeidirektion Koblenz und versah dort seit fast 25 Jahren seinen Dienst. Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gelten seinen Angehörigen. Wir trauern um einen liebenswerten und sympathischen Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Kathrin Lehmann – für die GdP-Kreisgruppe Bundespolizeidirektion Koblenz



TRADITIONSTURNIER

Beitragsfreie GdP-Mitgliedschaft für Petrus

Während des Zeitraums vom 10. bis zum 11. Mai 2011 fand das 15. GdP-Fußballturnier der Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Liegenschaft der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main (BPOLD FRA) am Frankfurter Berg statt.

Das Turnier konnte in diesem Jahr auch seinen 15. Geburtstag – bei herrlichen Außentemperaturen – mit insgesamt zwölf teilnehmenden Mannschaften feiern. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass der Direktionsgruppenvorstand Petrus eine beitragsfreie GdP-Mitgliedschaft anbot.

So konnte das Organisationsteam der GdP teilnehmende Kolleginnen und Kollegen aus den Bundespolizeiinspektionen (BPOLI) I bis V, der BPOLI KB sowie unserer Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) begrüßen, die sich bereits während der Vorrunde packende Spiele lieferten. Im Endspiel setzte sich dann das Team der Dienstgruppe (DG) 22 als Turniersieger gegen die Mannschaft der „Allstars“ durch. Damit geht auch der Wanderpokal für die beste Turniermannschaft, der durch unseren Vertragspartner, die Polizeiversicherungs AG (PVAG), gestiftet wurde, in diesem Jahr an die BPOLI II.

Der beste Torschütze musste aufgrund eines Torgleichstands in einem „7-Meter-Schießen“ ermittelt werden. Hierbei setzte sich Arno Naumann aus der BPOLI V gegen Marc Cebulla aus der BPOLI II durch und Arno Naumann konnte letztendlich mit der Torschützen-trophäe ausgezeichnet werden.

Während der beiden Tage standen auch unsere GdP-Vorstands- und -Personalratsmitglieder den anwesenden Kolleginnen und Kollegen Rede und Antwort auf alle offenen und zu klärenden Fragen „rund um die Bundespolizei“. – Dabei wurde uns wieder einmal die Wichtigkeit einer solchen Veranstaltung zur Förderung der Gemeinschaft, sei es durch sportlichen Wettkampf oder lediglich durch einen Plausch „am Rande des Spielfelds“, bewusst.

Dies wurde auch durch Dieter Spacek resümiert, der in Vertretung für den Leiter der BPOLD FRA, Wolfgang Wurm, die Siegerehrung zusammen mit den GdP-Vorstandsmitgliedern Martin Schmitt und Ernst Reinel vornahm.

Auch gilt es Dank zu sagen an diejenigen, die für die Organisation bzw. das Drumherum im Konkreten Verantwortung übernehmen. Ohne den tatkräftigen Einsatz unserer engagierten Kolleginnen und Kollegen wäre eine solche Veranstaltung nicht durchführbar. Namentlich seien deshalb im Besonderen erwähnt:



Arno Naumann (rechts) nahm aus den Händen von Dieter Spacek (links) und Ernst Reinel (Bildmitte) den Pokal des besten Turniertorschützen entgegen. **Fotos: GdP**

Gabriele Kunzelmann, Ernst Reinel, Joachim Jungk, Meik Osbeck, Michael Dippel sowie Sascha Liedtke vom GdP-Organisationsteam, unser Schiedsrichterteam bestehend aus: Jürgen Drebing, Uwe Klug und Heiko Fleischmann, im Weiteren Peter Holtermann für das tolle Präparieren des Platzes (nunmehr schon zum 10. Mal) sowie Christian Eck und Michael König vom Sanitätsdienst.

Dank gilt auch unserem Präsidenten, Wolfgang Wurm, der die Durchführung genehmigte und damit auch die uneingeschränkte Unterstützung dieses Events signalisierte, sodass Arbeitszeit und Dienstunfallschutz für alle Beteiligten zu Buche schlagen konnten.

Wir, als GdP-Direktionsgruppe, werden auch das 16. Turnier in 2012 für unsere Dienststellenangehörigen vorbereiten und hoffen, dass uns diese Genehmigung dann wieder zuteil werden wird. Die Ansprache von Dieter Spacek anlässlich der Siegerehrung, dass eine solche Veranstaltung nach einer Fortsetzung verlangt, lässt uns diesbezüglich positiv nach vorne blicken. – Vielleicht gelingt es uns dann auch einmal, dass sich unsere Tarifbeschäftigten sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamten unter den gleichen Konditionen dem Spielbetrieb stellen können ...

Martin Schmitt,
Vorsitzender der
GdP-Direktionsgruppe
Flughafen Frankfurt/Main



So sehen Sieger aus ... Unser Bild zeigt die Mannschaft der DG 22 mit ihrem Spielführer Jan Brübach (vordere Reihe, rechts).



ZAM Panow erklärt den Zoll

Hallo Kollegen, neulich hatte ich mal wieder einen Zollsekretärsanwärter, also einen „Filzstift“, auf meiner Dienststelle. Ein ganz passabler Junge. Interessiert, motiviert, sehr eifrig, so wie man sich die neuen Kollegen wünscht. Nur irgendetwas schien ihm auf den Magen geschlagen zu sein ...

Ich fragte ihn was los sei; – er druckste etwas herum und meinte dann, dass er sich gar nicht mehr so sicher sei, beim Zoll bleiben zu wollen. Irgendwie gefällt ihm das alles hier nicht so richtig. Ich war erstaunt, war er doch Feuer und Flamme als er die ersten Tage bei uns mit „auf Streife“ durfte. Er sagte, dass er in den Praktika und in Internetforen ständig nur Gemecker und Gejammer höre. Alles beim Zoll sei schlecht ... Die Arbeit, die Vorgesetzten, zu wenig Geld, man wird nie befördert und vor allem würde einem ständig alles vermiest ...

Da guckte ich nun „dumm aus der Wäsche“. Ich bin doch selbst einer, der mit berechtigter und konstruktiver Kritik nicht spart und diese jedem, auch demjenigen, der sie nicht hören will, „auf die Nase bindet“. Aber, dass sich unser Nachwuchs darüber auch Gedanken macht und schon das Handtuch werfen will, habe ich persönlich so nicht gewollt. Also habe ich mir den jungen Kollegen beiseite genommen und ihm zu erklären versucht, was der Grund für die wachsende Unzufriedenheit unter den älteren Kollegen sei:

„Im Grunde habt ihr Anwärter aus eurer Sicht auch Recht. Es demotiviert unheimlich, wenn man rings herum nur Schlechtes hört. Allerdings fehlt euch noch der tiefere Einblick, warum es zu den Meckereien kommt. Die Kollegen waren einmal genauso wie ihr: Motiviert, freudig, allzeit bereit und hatten Spaß. Doch merkten sie irgendwann, dass weder Leistung belohnt wird, noch die Arbeit, die man gerne macht, entsprechend honoriert wird.“

Wenn man permanent mit Erlassen und Verfügungen konfrontiert wird, die völlig weltfremd sind und Rufe nach besserer Ausstattung und Personal nur belächelt werden oder in Schubladen ver-

schwinden, auf der anderen Seite aber ständig, die ‚ach so tolle‘ Außenwirkung des zöllnerischen Handelns proklamiert wird, wundern einen Schlagzeilen über mangelnde Kontrollen nicht.

Wirklich wütend machen einen dann Aussagen wie: ‚Machen Sie mal nicht so einen Wind, das sind alles keine Verbrecher, das sind redliche Unternehmer und wir sind auf sie angewiesen, sonst müssen wir unser Amt dicht machen.‘ Dazu präsentiert das Ministerium den ‚Zoll als Partner der Wirtschaft‘, der laut Poster auch noch dafür sorgt, dass Ersatzteile möglichst schnell beim Kunden ankommen. Andererseits ist man natürlich total schockiert und empört, wenn Mängel nach außen getragen werden.

Richtig ärgerlich wird es, wenn Politiker Streifenbeamten und Fahndern des Zolls erklären, warum sie, anders als ihre inzwischen blau gekleideten Kollegen, bis zum 67. Geburtstag arbeiten müssen. Wenn man nach 35 Jahren Schichtdienst im Kampf gegen Drogenschmuggel und illegale Beschäftigung völlig ausgebrannt ist, bietet eine ehemalige Staatssekretärin im BMF einem lächelnd die Umschulung zum Finanzbeamten für die nächsten zehn bis 20 Jahre an (‚Ach nein, umschulen muss ich in Ihren Augen ja nicht. Bin ich doch ein Wunderkind, das nach seiner Ausbildung vom Haushalt über die IT-Abteilung bis zum SEK überall einsetzbar ist.‘)

Weiterhin nervt es die Kollegen unheimlich, dass eine Horde von Juristen mit Prädikatsexamen (– ohne dieses kommt man im öffentlichen Dienst kaum unter –) es nicht fertig bringt, anständige und tragfähige Regelungen für Beurteilungen und Beförderungen hinzubekommen. Da warten wir fast zwei Jahre auf neue Beurteilungsrichtlinien und bekommen ein Werk, das eigentlich nur von Psychologen angewandt werden dürfte. Klar, dass die ohnehin schon lange ausbleibenden Beförderungen dann wegen zahlreicher Klagen weiter verzögert werden. Das passt natürlich in das Sparkonzept der ‚Billigpolizei‘, in der es noch den einfachen Dienst gibt und die Laufbahn im mittleren Dienst bei A 6 beginnt.

Aber selbst wenn man sich damit abfindet und nur ein wenig Anerkennung möchte, geht einem die ‚Hutschnur‘

hoch. Da mag ein Dienststellenleiter eines Flughafenzollamtes keine Dienstkleidung und verlegt sein Büro außerhalb des Flughafens. Da fragt sich der Leiter eines Grenzhauptzollamtes, was INPOL sei und wofür ausgerechnet seine Leute so etwas brauchen? Da ist die Zollkontrolle nicht so wichtig und der Schmuggel von Bargeld, Waffen und Betäubungsmittel kein Problem, solange nur der Grenzgänger nicht zu lange auf den Stempel warten muss, der ihm die Rückerstattung der Mehrwertsteuer für seinen Einkauf in Deutschland ermöglicht.

Anders ist das natürlich, wenn irgendwo ein Kamerateam auftaucht. Dann sind Streifenwagen, Dienstwaffen und Hunde das Aushängeschild des Zolls. Dann präsentiert unsere Führung, die uns gestern noch als ‚Wirtschaftsverwaltung‘ bezeichnet hat, auch gerne die Übung einer Spezialeinheit.

Aber vielleicht wissen ‚die da oben‘ ja tatsächlich nichts von all unseren Sorgen ... Gehen Ministerielle oder Präsidenten auf Reisen, zeigen wir uns von unserer zufriedenen Seite. Dann dürfen nur adrett gekleidete Kolleginnen und Kollegen die zuvor festgelegten Fragen stellen und Antworten geben. Kosten- und Leistungsrechnung finden wir dann auf ‚Anraten‘ unserer Vorgesetzten innovativ und furchtbar wichtig.“

Und doch arbeiten wir gerne beim Zoll. Wir wollen aber wieder als Menschen und als treibende Kraft des Zolls anerkannt werden und nicht als Kostenstelle und Vollzeitäquivalenzen.

*In diesem Sinne,
euer ZAM Panow*



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei



NACHGEFRAGT

Aufruf zur Spritspende für die Bundespolizei ... Wir wollten wissen, was sich hinter den Aktionen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verbirgt und interviewten hierzu den Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe der Bundespolizei in Nordrhein-Westfalen (NRW), Wilfried Spurzem (Foto).

DP: Ihr habt am 17. Mai 2011 die Fluggäste auf dem Köln/Bonner Flughafen um eine Spritspende gebeten. Wie muss man sich das vorstellen?

Wilfried Spurzem: Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, nach denen wir in der gesamten Bundespolizei weitere 35 Millionen Euro noch im laufenden Haushaltsjahr einzusparen haben, haben uns sehr geärgert. Deswegen haben wir auf dem Köln/Bonner Flughafen einen Stand errichtet und dort symbolisch um eine Spritspende gebeten. Den Bürgerinnen und Bürgern haben wir dann einen Info-Flyer überreicht und gebeten, unsere Aktion durch ihre Unterschrift zu unterstützen.

DP: Wie war die Resonanz?

Wilfried Spurzem: Erstaunlich gut. Über 85% der angesprochenen Menschen haben spontan unterzeichnet und damit zum Ausdruck gebracht, dass ihnen ihre Sicherheit wichtig ist. Einige haben sogar den Geldbeutel gezückt, was wir natürlich ablehnen mussten.

DP: Wie geht es jetzt weiter? – Was geschieht mit den Unterschriften?

Wilfried Spurzem: Die Unterschriftensammlung soll fortgesetzt werden. In Bochum, Münster und Aachen werden die Bürger in den nächsten Wochen aufgefordert, sich gemeinsam mit der GdP gegen die verordneten Einsparungen der Bundesregierung zu wenden. Was wir dann mit den Unterschriften vorhaben, möchte ich noch nicht verraten. Das soll eine Überraschung werden.

DP: Du hast uns gesagt, dass dies nicht die einzige Aktivität in dieser Sparmisere sei. Was habt ihr noch vor, bzw. schon unternommen?

Wilfried Spurzem: Parallel zu den Aktionen haben wir alle Bundestagsabgeordneten der CDU in NRW angeschrieben und sie aufgefordert, ihren Einfluss auf die Bundesregierung auszuüben. Sollten die Erwartungen der GdP-Funktionäre enttäuscht werden, so werden in einem nächsten Schritt die Oppositionsparteien um Hilfe gebeten.

DP: Was bewertest du im Nachhinein als besonders positiv an eurer Aktion?

Wilfried Spurzem: Nun, das ist einerseits sicherlich die gute Unterstützung

durch die Bürgerinnen und Bürger, die unsere Auffassungen teilen. Wir hätten nicht mit einer so deutlichen Zustimmung gerechnet. Andererseits die bundesweite Resonanz in der gesamten Medienlandschaft. Leider fehlt es bisher an einer deutlicheren Position der Führung in Potsdam. Ich halte den Mitarbeiterbrief unseres Präsidenten, Matthias Seeger, im Wesentlichen für okay. Er hat seine Zwänge, aus denen er nicht rauskommt. Weniger gut ist es aber, wenn er von einem „Jammern auf hohem Niveau“ schreibt. Es geht doch nicht ums „Jammern“. Es geht uns darum, dass im Spätsommer oder Herbst kein Sprit mehr da ist und dazu habe ich nichts gelesen, außer dass gespart werden muss. Es geht darum, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen schon heute Ausrüstungsgegenstände beschaffen, die aus dem eigenen Geldbeutel bezahlt werden. Da ist der Hinweis zu einem „Jammern“ unangebracht.

DP: Das wäre unsere nächste Frage gewesen ... – Was war negativ?

Wilfried Spurzem: Die Aussage eines Pressesprechers aus dem Bundesministerium des Innern (BMI) bei der Bundespresskonferenz, wonach seiner Ansicht „intelligentes Sparen“ angesagt sei, halte ich schon für ziemlich unangemessen. Es kann doch nicht sein, dass man uns einen Betrag von 35 Millionen Euro kürzt und dann sagt: „Spart mal intelligent!“. Das zeigt mir, dass sich die Herren im BMI überhaupt keine Gedanken gemacht haben, was sie mit dieser zusätzlichen Einsparaktion bei der Bundespolizei angerichtet haben. Es ist doch Aufgabe des BMI zu sagen, wo konkret Geld sinnvoll eingespart werden soll. Das, was da läuft, stellt ein

„Abdrücken“ von Verantwortung auf die Bundespolizei dar. Es zeigt mir aber auch, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bei der Regierungskoalition offensichtlich nicht mehr gut aufgehoben ist. Aus diesem Grund werden wir auch die Antworten aus dem politischen Bereich öffentlich machen. Das ist auch dann der Fall, wenn die CDU-Bundestagsabgeordneten nicht antworten sollten.

DP: Einmal angenommen, dass die zusätzlichen Einsparungen in Höhe von 35 Millionen Euro nicht durch das BMI zurückgenommen werden. – Was macht ihr dann?

Wilfried Spurzem: Erstens: Wer nichts macht, der hat bereits verloren. Wir haben uns als GdP doch erfolgreich mit unseren Kampagnen auch gegen die Zusammenlegung von Bundespolizei und BKA gerichtet. Das ist doch ein deutlicher Erfolg. Zweitens: Unsere Kreativität, hier nicht locker zu lassen, ist unerschöpflich. Ich möchte aber nicht alles verraten und damit Ideengeber für andere sein oder sogar vorzeitig zu Gegenstrategien anregen. Nur so viel: Wir werden den nötigen Druck zur Lösung dieses Problems ausüben. Ich glaube nicht, dass es sich eine Partei leisten



Fortsetzung auf Seite 8

NACHRUUF

Am 12. Mai 2011 verstarb in Folge eines schweren Verkehrsunfalls im Alter von 34 Jahren unser geschätzter Kollege

Peter Geiler

Der viel zu frühe Tod von Peter hat uns sehr betroffen und traurig gemacht. Peter war Angehöriger der MKÜ Koblenz, mit Dienstort in Bexbach. Es sind Augenblicke, in denen man innehält. Momente, die einem die eigene, unabwendbare Vergänglichkeit vor Augen führen. Wir alle brauchen viel Kraft, diesen schweren Schicksalsschlag zu begreifen. Unser tiefstes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden. Wir werden Peter ein würdiges Andenken bewahren.

*Christian Ollhoff – GdP-Vertrauensmann MKÜ
Roland Voss – für die GdP-Kreisgruppe Saarland*



NACHGEFRAGT

Fortsetzung von Seite 7

kann, ständig daran erinnert zu werden, wenn es zu Missverhältnissen im Bereich der inneren Sicherheit kommt, dass sie ihren Teil der Verantwortung dabei mitträgt.

DP: Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg bei euren Bemühungen.

Wilfried Spurzem: Eine Anmerkung sei mir noch gestattet: Ich möchte mich bei allen bedanken, die in der GdP dafür gesorgt haben, dass wir diese Aufmerksam-

keit erhalten haben. Diesbezüglich ist auch das Engagement des Koblenzer GdP-Direktionsgruppenvorsitzenden Roland Voss zu benennen. Aber auch allen, die sich aktiv eingebracht haben, möchte ich auf diesem Weg herzlich danken.

ERFOLGREICH



Foto: GdP

Während des Zeitraums vom 11. bis zum 15. Mai 2011 fand in Berlin die 1. internationale Tischtennismannschaftsmeisterschaft für Polizei, Feuerwehren sowie Rettungsdienste statt.

Die Bundespolizei wurde durch eine Mannschaft vertreten und belegte einen hervorragenden 5. Platz in der Gesamtwertung. Besonders freuten sich die teilnehmenden Kollegen über den Trikotsatz der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Unser Bild zeigt von links nach rechts: Michael Ramsay, Markus Schindler, Manfred Sauer, Sven Hinrichs sowie Stefan Wendt. Zu der ausgezeichneten Platzierung gratulieren neben dem Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei auch das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei.

Michael Ramsay, GdP-Kreisgruppe Hannover

GdP UND KUNST



Foto: GdP

Der Vorstand der Direktionsgruppe (DG) Bundespolizeiakademie, Bezirk Bundespolizei, der Gewerkschaft der Polizei (GdP) besuchte das Günter-Grass-Haus in der Glockengießerstraße 21 in der Hansestadt Lübeck.

Das Museum – als Forum für Literatur und Bildende Kunst – präsentiert in seiner ständigen Ausstellung Einblicke in das Leben und Werk des Literaturnobelpreisträgers, Grafikers und Bildhauers Günter Grass schon seit fast zehn Jahren. Die Kolleginnen und Kollegen zeigten sich durch die vorgetragenen Informationen und die Ausstellung des Mehrfachbegabten außerordentlich beeindruckt. Vielen war – in dieser Tiefe – nicht bewusst, dass Grass neben seiner schriftstellerischen Arbeit auch bildkünstlerisch tätig ist. Der Einblick in den Schaffensprozess

des Künstlers, ihn aber auch als politisch engagierten Bürger wahrzunehmen, machen das Grass-Haus einmalig. Hier sind zudem insgesamt ca. 1100 Zeichnungen, Radierungen, Lithographien, Aquarelle und Manuskripte ausgestellt. Der Skulpturenhof und der Museumsgarten runden die Darstellung der Exponate des Künstlers ab. Unser Foto zeigt die Mitglieder des DG-Vorstands vor der Skulptur „Der Butt“ zu dem es auch das titelgleiche literarische Werk gibt. Der DG-Vorsitzende, Rüdiger Maas, bedankte sich im Namen der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen und verabschiedete sich bei den Vertretern des Günter-Grass-Hauses mit dem Versprechen, für diese gelungene Ausstellung bundesweit zu werben.

Rüdiger Maas

NACHRUF

Am 25. Mai 2011 verstarb im Alter von 86 Jahren unser Kollege

Hans-Helmut Müller

Wir verlieren mit ihm ein langjähriges Mitglied unserer Kreisgruppe. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

*Dieter Wemheuer –
für die GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Duderstadt*

